

Korrespondent

für Deutschlands Buchdrucker und Schriftgießer



56. Jahrg. Abonnementpreis: Vierteljährlich 65 Pf., monatlich 22 Pf., ohne Postbestellgebühr. Nur Postbezug. Erscheinungstage: Dienstag, Donnerstag und Sonnabend. — Jährlich 150 Nummern.

Leipzig, den 13. April 1918

Anzeigenpreis: Arbeitsmarkt, Verammlungs-, Vergütungsinserte ufm. 15 Pfennig die Zeile; Käufe, Verkäufe und Empfehlungen aller Art 50 Pfennig die Zeile. — Rabatt wird nicht gewährt.

Nr. 43

Aus dem Inhalte dieser Nummer:

Kritik: Mehr Weitherzigkeit — weniger Kleinlichkeit! — Wohlherzungslosigkeit?
Papiernot und Papierversteuerung: XXII. Die neuen Papierpreise; XXII. Konfingentierung und Lieferung des Papiers für die Tagespresse; XXIII. Das militärische Pressewesen.
Zur außerordentlichen Generalversammlung: Reorganisationsfragen.
Sozialgesetzgebung und bürgerliches Recht: Die Bundesratsverordnung vom 28. März 1918 in bezug auf die Invalidenversicherung. — Die Bundesratsverordnung vom 28. März 1918 in bezug auf die Unfallversicherungen.
Korrespondenzen: Berlin. — Berlin (A.). — Brandenburg. — Bremen. — Elberfeld. — Magdeburg. — Offenbach a. M. — Schleswig.
Kundschau: Von Buchdruckern im Kriegs. — Nachahmungsweite Beispiele. — Anlage von Geldern der Berufsgenossenschaft im Kriegsanleihe. — Einberufung eines außerordentlichen Verbandstags der Hilfsarbeiterorganisation. — Konferenz der General-Kommission und der Verbandsvorstände. — Kundgebung für Sozialpolitik nach dem Kriege. — Die Isurkten und die blühigen Eide.

Mehr Weitherzigkeit — weniger Kleinlichkeit!

Dem „Korr.“ als Sprechsaal der Gehilfenschaft kann wohl nicht nachgesagt werden, daß er einen jeden unter seiner vielstundhöchigen Gemeindefrei gewähren läßt in Äußerungen seines Unmutes über irgendwas, das aus dem Arbeitsverhältnisse nur zu leicht entspringen kann. Die Prinzipalität kann sich wirklich nicht beschweren über Presstreffen von Kleinlichkeiten im Verbandstagen. Ein Brief ist allerdings damit nicht ausgeteilt für solche Firmen, bei denen immer etwas los ist; wo es nicht in der Ordnung befunden wird, wenn nicht eine Aufregung oder Gespanntheit der andern folgt. Es hat in den Kriegsjahren wohl überwiegend auch da eine ruhigere Auffassung Platz gegriffen, wo Prinzipal, Geschäftsleitung und angesehnt auch das Personal nicht leben konnten ohne den üblichen Krach, und es geht so besser. Andererseits begnügt sich mehrfach die Oberfläche zu wellen, wo alles bisher glatt zu gehen pflegte. Der ewige Krieg mit seinen brennender werdenden Wäsen aller Art macht ja auch ganz normale Menschen nervös und ungebärdig.

Es wäre unverantwortlich, würde noch Öl ins Feuer gegossen werden. Wir halten es mit der andern Methode, üben Zurückhaltung und erreichen so die Einrenkung eher. Freude bereitet es uns stets, mit guten Beispielen von Prinzipalen zur Nachahmung beizutragen. Damit ist vom „Korr.“ schon viel für die Kollegenschaft erzielt worden. Die uns zugehenden Fälle, daß Prinzipale die sich sorgfältig vergrührende Notlage ihrer Arbeiter und Angestellten einsehen, weil sie vor dem immer stärker werdenden Abstand zwischen Versteuerung alles Lebensnotwendigen und den Steuerungsulagen die Augen nicht verschließen, berichten wir stets gern. Es sind nicht immer große Firmen bzw. von diesen immer dieselben, die mit guten Beispielen vorangehen; manchmal bringen Prinzipale hierzu den Entschluß auf, denen es finanziell fast ebenso schlecht geht wie einem Buchdrucker-Gesellen im letzten Drittel des vierten Kriegsjahrs, der als alter Handwerker in einer noch nicht ganz gehilfenarmen Druckeret sein Dasein fristet. Sie haben unsere volle Anerkennung. Durch Entgegenkommen und Bereitwilligkeiten anderer Art: in der Erlangung der Schwerarbeitszulagen, Einkauf von ersichtlichen Lebensmitteln, vor allem Unterfüllungsbefehle an die Familien der Eingezogenen usw., wird auch Weitherzigkeit bekundet. Das bringen wir bereitwillig zur Kenntnis.

Wir wissen aber auch, daß häufig Stücke des Gegenteils vorherrschen. Die schwierige Lage des Gewerbes ist nicht allein Erklärung dafür, wieweil wir sie am wenigsten verhehnen und deshalb auch unangebrachten Vergleichen mit Dalmiergewinne abwerfenden Kriegsgewinnern entgegenstehen. Auch in Friedenszeiten war ein kleinlicher Zug nicht selten wahrzunehmen. Jetzt, bei der Erhöhung der meisten Lohnzuschläge um 2 1/2 Proz., hat es manchen Verdruß auf Gehilfenseite gegeben. Die Beschränkung dieser 69 Pf. auf die Minimumlöhne war eine

buchfabenariffliche Saarpfasteret, die alles andre denn erhebend wirkte. Es kommt das in Verammlungsberichten deutlich zum Ausdruck; oft haben wir es noch gemildert. Aber auch hier haben mehrfach Firmen gezeigt, daß es andre nachahmenswerte Beispiele für die Prinzipale gibt.

Den Gipfel ausgezeichneter Kleinlichkeit hat eine Firma in einer Dfiedruckstadt von etwa 25000 Einwohnern erklimmen. Bei einem Gehilfen ging die Wochenrechnung infolge der Lohnzuschlagserhöhung mit einem halben Pfennig aus. Er rundete nach Normalbegriffen auf einen Pfennig auf. Die Geschäftsleitung aber kam daher und rundete nach unten ab! Der halbe Pfennig verblieb somit dem Geschäft. Das ist nicht nur eine blamable Kleinlichkeit, sondern die seltsame Methode verfährt auch gegen den Sinn des Tarifs; wir nennen nur die Bestimmung über die Berechnung von Teilerlösen (§ 6 Ziffer 5).

Es ist nicht unsere Art, Einzelvorhommisse zu verallgemeinern, auch Berücksichtigungen soll man entsprechend bewerten. Wenn jedoch „Grobzügigkeiten“ dieser und ähnlicher Art mehr in Ausnahme kommen sollten, dann werden wir „Verdienstkreuze“ für Kriegsbilste nach unserm Gusto zur Verteilung bringen. Die Zeit ist wahrhaftig dazu angehen, moralische Offensiven zu unternehmen; ammal jeht unter den schwierigen Verhältnissen recht viel von jedem Gehilfen verlangt wird. Also mehr Weitherzigkeit!

Papiernot und Papierversteuerung

XXI. Die neuen Papierpreise.

Im Abschnitt XIX des in voriger Nummer wieder aufgeschlagenen Trauerkapitels von den Papieren ist uns ein erheblicher Irrtum unterlaufen. Der Preis des Papiers für die Tageszeitungen ist wesentlich höher. Wir haben wohl die Steigerung des Preisausschlags richtig angegeben, aber vergessen zu sagen, daß dieser auf den sogenannten Friedenspreis vom 1. Juli 1915 zu legen ist. Dieser war für Rollenpapier durchschnittlich 21,40 Mk. Der Gesamtpreis stellt sich also auf 21,40 + 32,75 = 54,15 Mk. bei 100 kg. Für Formpapier (Nachdruck) kennen wir den Durchschnittspreis von vor drei Jahren nicht; der Aufschlag aber macht hier jetzt 33,75 Mk. aus. Im Februar 1917 stand der Aufschlag mit 11 bzw. 13 Mk. am niedrigsten; die Erhöhung seitdem ist also ganz bedeutend.

Für Rotationspapier zu andern Zwecken, a. B. Gewerkschaftsblätter, mußte bisher ein Drittel mehr bezahlt werden als zur Verwendung für Tageszeitungen. Ob das Rollenpapier von derselben Beschaffenheit ist, macht nichts dabei aus; so unverkännlich gerade deswegen auch der starke Preisunterschied ist. Jetzt hat hier ebenfalls eine weitere Preisverhöhung stattgefunden. Die Tagespresse erhält ihr Papier also wesentlich billiger und bekommt obendrein einen staatlichen Zuschuß. Das kommt daher, weil nur das Papier für Tageszeitungen der amtlichen Preisreglung unterliegt.

XXII. Konfingentierung und Lieferung des Papiers für die Tagespresse.

Daß eine Besserung in erster Beziehung nicht eingetreten ist, wurde in der vorigen Nummer mitgeteilt, indem die Einschränkungsbestimmungen ungemindert auch für das zweite Vierteljahr 1918 fortbestehen. Die Blätter, die sich einer zunehmenden Abonnentenzahl erfreuen, kommen dadurch in eine schwierige Lage, weil sie auch die höhere Auflage mit der ihnen zuzurechnenden Papiermenge bestreiten müssen. Es wird da zu allerlei Auswegen geschritten, die manchmal einen Anstrich ins Komische erhalten, aber doch einen ernsthaften Hintergrund haben. Ein Beispiel dieser Art lieferte vor einiger Zeit der „Generalanzeiger für Sirefeld und Niederberlein“, der ankündigte, daß der Kopf der Zeitung um die Hälfte verkleinert werde und aus dem fertigen Zeile die großen Überschriften verschwinden würden. Die Größe der Anzeigen müsse dem Ermessen des Verleges nach dem vorhandenen Raum überlassen bleiben und die Aufnahme selbst ebenfalls. Wenn das vordem den Inse-

renten geboten worden wäre! Geldpostabonnements könnten nicht nur nicht mehr angenommen werden, sondern die bestehenden würden sogar aufgehoben. Weitere Stadtabonnenten würden nur zugelassen nach Maßgabe des Abganges bisheriger Bezahler. Das sind gewiß recht einschneidende Maßnahmen, die ähnlich durchaus keine Seltenheit bilden. Der „Rostocker Anzeiger“ sah sich sogar genötigt, selbst für kleine Anzeigen wie Stellenangebote, die überhaupt nur noch einmal aufgenommen werden, die Gewähr des Erscheinens in einer bestimmten Nummer abzulehnen. Die „Königsliche Zeitung“ hat schon vor einiger Zeit den Wegfall amtlicher Nachrichten bekanntgegeben. Es liegen sich noch viele solcher Fälle anführen.

Mit der Papierbelieferung ist es im allgemeinen wohl nicht schlimmer geworden, fräutig genug sieht es aber noch immer aus. Papier aller möglichen Gürtung wird im Notfalle weiter verwendet. Wenn aber eine Zeitung ungewöhnlich großen Formates wie die „Norddeutschen Nachrichten“ in Blankenese jüngst auf Rollenpapier (Kopfblass) und auf gewöhnlichem Papier (Beilage) in einer Nummer erschienen. Io ist das gar zu hilderbogenhaft. Die Berliner Zeitungen sind aus ihren Angfen noch nicht befreit über das immer rechtzeitige Eintreffen des Papiers. Die großen Blätter der Reichshauptstadt erklären aber — siehe Erklärung des „Berliner Tageblatts“ vom 5. April —, daß sie „seit vielen Monaten das Quantum, auf das sie Anspruch haben, nicht bekommen konnten“. Bei einer Einschränkung des Papierverbrauchs durch die Konfingentierung bis zu 44 1/2 Proz. für die großen Zeitungen ist also die Lage der Blätter mit hohen Auflagen immer noch recht ungünstig. Der „Berliner Lokalanzeiger“ teile daher seinen Lesern vor Monatsfrist an einem Montage mit, daß er im Laufe jener Woche aufgebende Anzeigen (mit Ausnahme amtlicher und von Familienanzeigen) vor Sonnabend nicht bringen könne, da erst die rückständigen 7000 Inserate (40 Seiten) veröffentlicht werden müßten.

Man sieht, daß das Hängen und Würgen weitergeht. Von einer Besserung der Zustände, auch in der sonstigen Papierverforgung, wie demnachst noch zu zeigen sein wird, kann nur der sprechen, der bescheidenlich sie darin erblickt, daß es nicht noch schlimmer geworden ist.

XXIII. Das militärische Pressewesen.

Viel haben die Proteste gegen den übermäßigen Papierverbrauch für Feldzeitungen und Felddruckereien noch nicht genutzt, eine Einschränkung ist aber doch eingetreten. So wurde uns aus dem Felde mitgeteilt, daß früher drei oder noch mehr Feldzeitungen haufenweise ausgeteilt wurden, jetzt wird ganz spärlich mit der Verteilung eines Blattes umgegangen, zu dem sich ein wirtschaftlichen Angelegenheiten dienendes Organ gefeilt. Die „Dünzeitung“ ist eingegangen, dagegen erscheint seit dem 21. März anscheinend täglich „Staffette in Champagne und Argonnen“ als kleines Nachrichtenblatt für die Kampftruppen. Von dem unbedingten Erfordernis der Papierersparung scheinen die für den „Champagnekamerad“ maßgebenden Stellen immer noch nichts zu wissen. Seit Anfang März ist nämlich diese Feldzeitung im Umfange von zwölf auf sechzehn Seiten wöchentlich erweitert worden, anstatt von den zwölf herabzugehen. Der Bezugspreis ist von 20 auf 25 Pf. dadurch erhöht worden. Aus Abstand ist uns sowohl ein neues, ein bis zweimal wöchentlich erscheinendes Kreisblatt wie ein „Korpsverordnungsblatt“ zugegangen, beide Erzeugnisse in leiblicher und deutscher Sprache. Wenn auch hier ein andres Beurteilungsmaß angewendet werden muß, so ist die Beschränkung auf die absolute Notwendigkeit dennoch geboten.

Für die vom preussischen Kriegsministerium herausgegebenen Armeeverordnungsblätter tritt ab 1. Mai ein neuer Verteilungsplan in Kraft. Es fällt dabei weg, daß für die Truppen des Feldheers, die das Armeeverordnungsblatt durch die Geldpost erhalten, dasselbe in den Friedensstandorten außerdem gesammelt wird. Die bisher in den Friedensstandorten auf diese Weise gesammelten Reservexemplare sollen der Papierwirtschaft wieder zugeführt werden.

Zur außerordentlichen General- versammlung

Reorganisationsfragen.

Nach über dreieinhalbjähriger Dauer des Weltkriegs, welcher die Stabilität der Gewerkschaften nicht zu erschüttern vermochte, sind verschiedene derselben dazu übergegangen, durch Beitragsreduzierung die jetzige Geldentwertung auszugleichen. Zum Ausgleiche der letzteren gehört auch die Erhöhung der Unterkümmungsätze. Ferner sind die Gewerkschaften verpflichtet, ein größeres Vermögen schon jetzt anzuhäufeln, um die schweren wirtschaftlichen Kämpfe abwehren zu können, welche der Arbeiterkampf nach dem Kriege bevorsteht.

Mit diesen Aufgaben geht die Reorganisation über den Ausbau der Organisation hinaus. Unser Verband ist zwar in Gau, Bezirke und Orte eingeteilt, aber die Bezeichnung der meisten Gau-, Bezirks- und Ortsvereine ist noch ästhetisch ausgedrückt, z. B.: „Verein der Berliner Buchdrucker und Schriftsetzer“ usw. Viele Gewerkschaftler, die über unsern Verband nicht genau orientiert sind, glauben da irgendeinen Jungverein vor sich zu haben. Streifen wir also diese Unschönheiten ab und geben wir unsern Gau-, Bezirks- und Ortsvereinen den Namen, woran man gleich erkennt, es mit einer Mittelschicht des Verbandes der Deutschen Buchdrucker zu tun zu haben.

Treten wir nun auch der Reorganisation unserer Sparten (Branchen) näher. Die Zentralkommissionen der Sparten beklagen vielfach in ihren Jahresberichten, daß sich nicht alle Spezialkollegen ihren Spartenvereinen anschließen. Für die Spartenkollegen ist die Mitgliedschaft in den technischen Vereinen durch den Beitrag mit persönlichen Extraprofiten verbunden, gegenüber den andern Kollegen. Beseitigen wir das und bilden wir Branchen mit Zentralkommissionen, zu welchen jeder Spezialkollege gehört, wie sie auch die andern Gewerkschaften haben. Die Regelung der Angelegenheiten dieser Branchen und deren Zentralkommissionen geschieht durch die Verbände- und die Lokalkasse, so wie bei den Bruderverbänden. Bei dieser Gelegenheit könnte auch eine Vernehmlichung der verschiedenen „Technischen Mittellungen“ nähergetreten werden, z. B. zugunsten der „Typographischen Mittellungen“, wie diese ja schon vor Jahren im „Fork“ erörtert wurde.

Wollen wir unsern Verband den veränderten Verhältnissen an! Beseitigen wir den sogenannten „Popf! Machen wir gleich ganze Arbeit!

B. K.
Anmerkung der Redaktion: Bei jedem Generalversammlungstermin darzulegen, worin er vorzuziehen wäre zu weit führen. Dieser Artikel ist ein typisches Beispiel dafür, worüber nicht diskutiert werden sollte. Das Schöne aber ist die Veranschaulichung der mehr als 50 Jahre bestehenden Bräuervereine als Jungvereine. Wenn in andern Organisationsfragen auch so alle Mittelschichten bestehen würden, käme wohl niemand auf den Einfall, darin „Jungvereiner“ zu werden. Das und Tradition ist wohl doch etwas andres.

sei durch das Verfahren der Kassenärzte gegen die Kassenmitglieder, so daß die Ärzte die Bevorzugung der Naturheilmethoden selbst verhindern. Die auffälligen Schreibdrucker wären auch zuerst von den Ärzten ausgegangen. Dr. Fabender (S.) unterließ die Ausführungen zum größten Teil, während Dr. Erdmann (U. S.) für die Ärzte sprach.

Wir Gewerkschaftler können nur Interesse an Weiterbestehen der Kurierfreiheit haben, und zwar so lange, bis die Gleichberechtigung der Heilmethoden der physikalisch-diätetischen Therapie mit der Schulmedizin (Allopathie), gesichert ist. Was will es besagen, wenn einige Anwendungsformen der Naturheilmethoden von der Allopathie notgedrungen übernommen worden sind? Sie ist durch Beweise hervorragender Ärzte wissenschaftlich begründet und verlangt das notwendige Studium, andernfalls wird darin gefehlt (leider auch teilweise von Ärzten), wodurch die gute Sache bei Nichtkennern in Miskredit gerät. Es müssen Befristungen für physikalisch-diätetische Therapie an allen Unterständen erlassen werden, wodurch ein ordnungsmäßiges Studium garantiert wird. Die Leipziger Universitäts ging hier mit gutem Beispiele vor vier Jahren voran. Wegen kollegialer Achtung bekennen sich leider nur sehr wenig Ärzte öffentlich zur Naturheilmethoden, obwohl die Anhängerzahl größer ist.

Solange die Behandlung als Patienten zweiter Klasse und die Benachteiligung der Naturheilmethoden fortbesteht, ist für die große Zahl der Anhänger und einen nicht geringen Teil der Versicherten das Weiterpraktizieren der Naturheilmethoden notwendig. Sie bieten auch eine gewisse Sicherheit durch die scharfe Kontrolle ihrer Gegner. Bei Fehlgriffen wird der Naturheilkundige sehr schwer bestraft, während der Arzt auf Grund seines Privilegs straflos ist, was jedenfalls die Sicherheit bei fälschlichen Naturheilmethoden erhöht. Es ist menschlich begreiflich, wenn man sich gegen eine lästige Konkurrenz wehrt, aber man tue das in idealer Weise, gerade wie jeder andre Beruf es tun muß: man beseitige sich größter Mühe und überläßt seinen Konkurrenten zum Wohle des gesamten Volkes. Auf keinen Fall darf es auf der abschüssigen Bahn so weitergehen und die Kurierfreiheit noch mehr geschmälert werden. Im Interesse einer gesunden Bevölkerungspolitik müßte sogar die sofortige Revision des Gesetzes erfolgen.

Wenn im übrigen das bevölkerungspolitische Programm (dazu bessere Lebensbedingungen für die breite Masse und mehr Achtung für kinderreiche Familien) auch wirklich durchgeführt und das Volk zur Natürlichkeit und gesundheitslichen Selbstwahrung erzoget wird, dann kann der Erfolg nicht ausbleiben. Das Wohl des Volkes über alles! Fort mit ungesundem Eigennutz und allen Sonderinteressen!

blieben weitere Vergünstigungen. Mit Wirkung vom 1. August 1914 ab beginnen die vorstehend genannten Fristen nacheinander in jedem Fall — ob der Tod im Anschluß an vorgängige Verfallsfrist oder ohne solche festgesetzt wurde — erst mit dem Schluß des Kalenderjahrs, das dem Jahre der Kriegsbeendigung folgt oder mit der früheren Eintragung des Todesfalls in das Sterberegister bzw. mit dem früheren Erlaß des Urteils auf Todeserklärung. Diese Vergünstigung greift auch für den Antrag auf Bewilligung des Witwengeldes Platz. Wichtig ist auch noch, daß, sofern Ansprüche nach dem 31. Juli 1914 ganz oder teilweise abgelehnt worden sind, die Versicherungsanstalt auf Antrag des Berechtigten in eine erneute Prüfung einzutreten hat und über das Ergebnis einen neuen Bescheid erlassen muß.

Endlich steht die neue Verordnung noch vor, daß im Sinne der §§ 1280 und 1281 als Wochenbeiträge auch Zeilen ohne Versicherungspflichtige Beschäftigung gelten, während deren der Anwärter oder der Verfallene wegen einer im gegenwärtigen Krieg erlittenen militärischen Dienstbeschädigung eine Rente von mindestens einem Fünftel der Vollrente bezog. Dies ist eine Erweiterung der gesetzlichen Bestimmungen, die bisher nur den Empfänger einer Unfallrente von mindestens 20 Proz. zugute kam.

II. Die Bundesratsverordnung vom 28. März 1918 in bezug auf die Angestelltenversicherung.

Nach dieser Verordnung werden die im Versicherungsgebiete für Angestellte bestimmten Fristen für die Nachzahlung der rückständigen Beiträge, durch welche die erloschene Anwartschaft auf die Versicherungsleistungen wieder ausbleibt (§ 50 Abs. 1), für den Antrag auf Stundung der rückständigen Beiträge, wenn die Anwartschaft während der Wartezeit erloschen ist (§ 50 Abs. 2), für die Zahlung der Beiträge oder der Anerkennungsgeldbeiträge im Falle der freiwilligen Fortsetzung der Versicherung oder der Aufrechterhaltung der erworbenen Anwartschaft (§ 201) bis zum Ablaufe des Kalenderjahrs verlängert, das dem Jahre folgt, in welchem der gegenwärtige Krieg beendigt ist. Ferner wird die Zeit des Krieges in die für Zurückstellung von Pflichtbeiträgen im Sinne des § 205 vorgeschriebenen Fristen nicht eingerechnet. Die in den §§ 209 Abs. 3 und 228 Abs. 2 für die Verjährung des Anspruchs auf Rückerstattung von Beiträgen vorgesehenen Fristen laufen nicht vor dem 1. Juli des Kalenderjahrs ab, das dem Jahre folgt, in welchem der Krieg beendigt ist. Auch diese Vergünstigungen haben rückwirkende Kraft vom 1. August 1914 ab erhalten mit der Einschränkung, daß die rückwirkende Kraft ausgeschlossen ist für solche Ansprüche auf Rückerstattung von Beiträgen (§§ 209, 228), welche am Tage der Verkündung dieser Verordnung bereits verjährt sind. M. Gildenberg.

Bevölkerungspolitik?

Das Kurpfuschergesetz von 1911, wonach selbst der Vater, der seinem Kind einen Umhlag machte, bestraft werden konnte, hatte durch den Reichstag in richtiger Erkenntnis der Tatsachen glatte Ablehnung gefunden. Der Krieg hat hierin Wandel geschaffen. Zunächst wurde unter dem Belagerungszustande durch ärztliche Einsprüche in zahlreichen Kommandobezirken die Kurierfreiheit durchgesetzt. Und nun wurde unter dem Zeichen der Bevölkerungspolitik ein Gesetz zur Bekämpfung der Geschlechtskrankheiten im Reichstag eingebracht und genehmigt (zur Zeit beim Bundesrat).

In seinem ersten und letzten Teil ist das Gesetz durchaus zu billigen, aber die §§ 3 und 4 enthalten einen verheerenden Angriff auf die physikalisch-diätetische Therapie (Naturheilkunde). Es ist danach nichtprobierten Personen verboten, gewerbmäßig Geschlechtskranke zu behandeln, dergleichen Mittel oder Verfahren gegen Geschlechtskrankheiten öffentlich anzubieten; das darf nur in ärztlichen Zeitschriften angekündigt und empfohlen werden. In der Begründung heißt es, daß zu einer raschen und sorgfältigen Selbstbehandlung nur der Arzt befähigt sei; sie lehnt im übrigen Verschleppung und Verschlimmerung der Leiden den „Kurpfuschern“ in die Schuhe.

Wer, so muß man fragen, behandelt denn jahraus jahrein die auf 500000 allein für Preußen angenommenen Geschlechtskranken in ihrer weit überwiegenden Mehrzahl? Doch die approbierten Ärzte! Sie herrschen auf Grund der Versicherungsbestimmungen in allen Krankenhäusern; auch in Krankenhäusern, Kliniken, im Heer und in der Marine. Im höchsten Maße fanden versicherungspflichtige Kranke der doppelten Kosten halber erst den Weg zum „Kurpfuschler“, wenn sie beim Arzte keine Heilung gefunden, wenn sie das Vertrauen zu den Sprüchen oder zum Quacksilber- und Salvarsanddogma verloren haben. Und daß zahlreiche nichtversicherte Kranke, also Outgestellte, sogar den Weg direkt zum „Kurpfuschler“ fanden, spricht nicht gegen sie. Das Gesetz verliert nun diesen Notweg für die Kranken, wodurch das gerade Gegenteil von dem erreicht wird, was bezweckt werden soll.

In der bevölkerungspolitischen Kommission des Reichstags, in der das Gesetz beraten wurde, profitierten in der Hauptphase sozialdemokratische Mitglieder gegen die Paragraphen. Es stimmten dafür 18, dagegen 7. Dr. Landsberg (S.) betonte, daß die Bekämpfung der Kurierfreiheit die schwersten Bedenken gegen sich habe. Davidsohn (S.) befürwortete ganz besonders das starke Mißtrauen der Arbeiter gegen die Schulmedizin, das mit hervorgerufen

Sozialgesetzgebung und bürgerliches Recht

I. Die Bundesratsverordnung vom 28. März 1918 in bezug auf die Invalidenversicherung.

Nach dem § 1280 der Reichsversicherungsordnung erfolgt die Anwartschaft, wenn während zweier Jahre nach dem auf der Quittungskarte verzeichneten Ausstellungszeitpunkt weniger als zwanzig Wochenbeiträge auf Grund der Versicherungspflicht oder der Weiterversicherung entrichtet worden sind. Als Wochenbeiträge im Sinne dieses Paragraphen gelten nach § 1281 RVO. u. a. auch Militärdienst- und Krankheitszeiten. Durch Bundesratsverordnung vom 28. November 1914 wurde die Vergünstigung der Anrechnung der Militärdienstzeiten auch auf die während des gegenwärtigen Krieges in österreichisch-ungarischen Diensten zurückgelegten Militärdienstzeiten ausgedehnt. Bezüglich der Anrechnung der Militärdienstzeiten enthält der § 1393 RVO. nun noch die einschränkende Bestimmung, daß diese Wochen nur denen angerechnet werden, die vorher berufsmäßig, nicht nur vorübergehend versicherungspflichtig beschäftigt gewesen sind. Die Bundesratsverordnung vom 23. Dezember 1915 schaffte auch hier Abhilfe und bestimmte, daß den Kriegsteilnehmern in jedem Fall — auch wenn die Voraussetzungen des § 1393 nicht erfüllt sind — die Militärdienstzeiten anzurechnen sind. Eine neuere Bundesratsverordnung vom 28. März 1918 bestimmt nun, daß diese Vergünstigungen auch auf diejenigen Kriegsteilnehmer ausgedehnt werden, die im Dienste einer andern mit dem Deutschen Reich verbündeten oder befreundeten Macht stehen.

Länger als ein Jahr rückwärts wird nach dem § 1263 RVO. in der Regel eine Rente nicht gezahlt und nach dem § 1300 RVO. verfällt der Anspruch auf Witwengeld, wenn er nicht innerhalb eines Jahres nach dem Tode des Mannes geltend gemacht wird. Mittels Verordnung des Bundesrats vom 12. Mai 1916 wurde diese Frist für Vermittelt verlängert bis zum Schluß desjenigen Jahres, das dem Jahre folgt, in dem der Krieg beendet ist. Wird der Vermittelt inzwischen für tot erklärt, dann beginnt die einjährige Frist mit dem Tag, an welchem der Tod in das Sterberegister eingetragen wird oder an dem das Urteil auf Todeserklärung ergeht. Das gleiche gilt auch für Versicherer, die nicht zur bewaffneten Macht gehören, wenn sie sich bei ihr aufgehalten haben oder ihr gefolgt sind, oder wenn sie in die Gewalt des Feindes geraten sind. Unter denselben Voraussetzungen wurde die Frist für die Beantragung des Witwengeldes verlängert. Die neue Bundesratsverordnung vom 28. März 1918 brachte den Kriegsteilnehmern bzw. den Hinter-

Korrespondenzen

Berlin. Am 14. April d. S. kann der seit etwa Jahresfrist in der Reichsdruckerei als Korrektor beschäftigte Kollege Hermann Krause aus Magdeburg auf eine vollständige Berufsunfähigkeit zurückblicken. Unter dem Namen „Strich-Krause“ in den welschen Großberliner Kollegenkreisen und darüber hinaus bekannt, hat der Jubilar viele Jahre durch die geistige und humorvolle Art seiner Dichtungen für fast alle Buchdruckerzeitschriften des Berliner Gaues sowie des Gesamtvereins „Typographia“ das Publikum zu erheitern gewußt. Und noch heute werden den älteren der Großberliner Kollegen die „Krause'schen“, die ihre Premiere im Jahre 1897 in der „Brauerei Friedrichshain“ gelegentlich eines Berliner Silbingsfestes erlebten, unvergessen sein. Wir wünschen, daß dem Jubilar trotz aller Lebensmittelfraglichkeiten noch manches Jahr vergönnt sei, und daß ein baldiger Friedensschluß seine infolge des empfindlichen Fortmangels etwas eingetrocknete humorvolle Feder wieder in Schwung bringt. Zur Ehrung des Jubilars findet am 21. April in den „Tabels Brauereiausgah“, Berlin SW, Bergmannstr. 5/7, vormittags 10 Uhr, eine zwanglose Zusammenkunft statt, zu welcher die Kollegen hiermit freundlich eingeladen sind.

Berlin. (Korrektoren.) Um das weitere Erscheinen untrer „Felpost“ zu sichern, beschloß die Versammlung am 7. April, einen einmaligen freiwilligen Beitrag von 50 P. zu erheben. Da es sich um die Erfüllung eines Wunsches untrer zahlreichen Feldgrauen handelt, wird erwartet, daß jedes Mitglied das kleine Opfer bringt. Vor Eintritt in die Tagesordnung widmete der Vorsitzende dem kürzlich aus dem Leben geschiedenen alten Kollegen Michel tiefempfundene Worte ehrenden Gedenkens. Zwei Neuaufnahmen erfolgten. — Nächste Versammlung am 5. Mai.

Brandenburg. Die Ortsvereinsversammlung am 6. April nahm vier Neuausgewählte in unsere Reihen auf. Dabei wurde das Resultat der diesjährigen Gehlensprüfung bekanntgegeben. Sodann gedachte der Vorliegende in warmempfindlichen Worten des Kollegen Müllin, der durch seine persönlichen Beziehungen zum Brandenburger Bezirk besonders schmerzhaft von uns vermisst wird, ferner des verstorbenen Gauvorsitzers Dreier und des Kollegen Gattschau, dessen Verdienste um die Brandenburgischen Mitgliedschaft demnach in den „Typographischen Mittellungen“ eingehender gewürdigt werden sollen. Auch eines im Kriege gefallenen Kollegen war zu gedenken. Zur Generalsammlung wurde nur der Antrag gestellt, die Krankenunterstützung wieder nach ihrer vollen statutenmäßigen Höhe und Karenz zu zahlen. Lebhaftige Klagen wurden geführt über die in Brandenburg recht im argen liegende Lebensmittelversorgung. Über die Einführung

des veränderten Kohlaufschlags usw. wurde berichtet: Westfens Druckerei sowie die Druckerei Alfterum legten 2 Mk. wöchentlich zu, erstere schon vor zwei Wochen; in der Druckerei Sidow & Co. erblickten die Maschinenlehrer 1,90 Mk., alle übrigen Kollegen 1,70 Mk. Zulage, wovon 1 Mk. als Feuerungszulage gilt. Nach Mitteilung über eine nach der Generalversammlung abzuhaltende Bezirksversammlung erfolgte Schluss der leider nur schwach besuchten Versammlung.

Bremen. (Bezirksversammlung vom 28. März.) Vor Eintritt in die Tagesordnung widmete der Vorsitzende einem gefallenen Kollegen sowie unserm verstorbenen Verbandsvorsitzenden Emil Böblin und dem Gausvorsitzer W. Dreier einen ehrenden Nachruf. Bei Erledigung der „Vereinsmitteilungen“ wurde bittere Klage geführt über die sehr mangelhafte Ausbildung der Bedrängte, mit denen jetzt großer Raubbau getrieben werde. Die Lösung dieses „Problems“, das noch große Kopfschmerzen machen werde, sei eine dringende Notwendigkeit sofort nach Kriegsende. Die Abrechnung der Krank- und Sterbekasse zeigte (wie jetzt jedesmal beim Quartalschluss) einen Verlust von rund 600 Mk. Auch ein Zeichen der Zeit! Des weitern beschäftigte sich die Versammlung mit der außerordentlichen Generalversammlung in Würzburg, von deren Aufgaben Kollege Hühorn ein Programm in großen Zügen entwarf. Eine demnächst stattfindende Versammlung, die sich vornehmlich mit dem außerordentlichen Gaufrage beschäftigen wird, soll sich auch mit eventuellen Anträgen zur Generalversammlung befassen. Sodann wurden die Kandidaten für den Gaufrage und Gausvorsitzer Hühorn als Kandidat für die Generalversammlung aufgestellt.

Elberfeld. Die am 7. April in Solingen abgehaltene außerordentliche Bezirksversammlung mußte mit der Mitteilung eröffnet werden, daß wieder ein Kollege seinen Tod auf dem Schlachtfelde gefunden. Unter „Vereinsmitteilungen“ gab Vorsitzender Marschall ein Merkblatt des Gausvorsitzenden bekannt, ersuchte die Kollegen um Beachtung der tariflichen Beihilfsbestimmungen, wünschte von den Druckerkollegen mehr Interesse für ihre Sparte und konnte bekanntgeben, daß in Elberfeld neuerdings fünf Firmen ihren Gehilfen unterschiedliche freiwillige materielle Verbesserung gewährten. Beim Hauptpunkte: „Stellungnahme zur Verbandsgeneralversammlung“, war die Debatte lebhaft. Außer Mühsal und Anstrengung wurde beantragt, die jetzigen Feuerungszulagen dem Lohne zuzurechnen und alle Löhne den Feuerungsverhältnissen entsprechend zu erhöhen. Als Kandidat zur Generalversammlung in Würzburg wurde der Vorsitzende Marschall aufgestellt.

Magdeburg. (Vierteljahrsbericht.) Weil aus einem zum ehemaligen Bezirk Magdeburg gehörigen Druckerei stammend, war es für die Mitglieder des Vorortvereins Ehrenpflicht, ihrem beimgegangenen verdienten Verbandspräsidenten Böblin außer dem Gedenken in der Versammlung auch bei seinem letzten Gange durch eine Deputation das letzte Geleit zu geben. Mit drei weiteren Opfern des Weltkriegs ist deren Zahl auf 102 gestiegen; außerdem verloren wir durch Tod zwei Mitglieder. Von den älteren Mitmitglidern am hiesigen Orte fanden weitere vier den Weg zur Organisation. — Beschäftigte untre Januarversammlung neben der Erledigung der geschäftlichen Angelegenheiten, der Erhöhung des Beitrags usw., außer der Papier- und der am hiesigen Orte herrschenden Wohnungsnot in ihrer Hauptsache ein Referat untre Gausvorsitzers König, so fanden die beiden folgenden Versammlungen im Zeichen der bevorstehenden Tagungen des Verbandes und des Gaus. Aus der Erörterung der mannigfachen Aufgaben, die die erstere zu lösen haben dürfte, gingen als Extrakt zwei Anträge hervor, die nach der einen Seite eine Anpassung des Statuts und der Beschlässe an die durch den Krieg geschaffene veränderte Lage namentlich den Kriegsbeschädigten gegenüber wünschten, und zum andern die Verbandskasse zu den Leistungen derjenigen Ortsvereine heranzuziehen wünscht, die infolge ihres Wachstums der Mitgliederzahl zu Einrichtungen gezwungen wurden, deren Kosten diese Mitglieder allein zu tragen außerstande sind. Als Kandidat für die Generalversammlung wurde der Vorsitzende Hertzog in Vorschlag gebracht. Vom Gaufrage erwarf Magdeburg, daß er den erwähnten schwierigen Verhältnissen, in denen sich der Ortsverein infolge der rund 700 Einziehungen zum Vereinsdienste mit seinen nur noch etwa 300 Mitglidern befindet, Verständnis entgegenbringt. Durch den Bericht untre Kartelldelegierten erhielten wir Kenntnis von einer auch in Magdeburg versuchten Sprengung der wirtschaftlichen Organisationen aus politischen Motiven. Wenn dies bis heute noch verhindert werden konnte, so liegt das an dem gefundenen Sinne der Vertreter der übrigen Gewerkschaften, mit Ausnahme derjenigen der größten, die dank der am Orte vorherrschenden Rüstungsindustrie allerdings beinahe die Hälfte aller Kartelldelegierten zu stellen in der Lage ist. — Die Graphische Gesellschaft vertritt auch im begonnenen neuen Jahr ihre Aufgabe zu erfüllen, indem sie im ersten Vierteljahr außer ihrer Hauptversammlung anlässlich der Ortsvereinsversammlung am 10. März mit einer Ausstellung Magdeburger Druckarbeiten aufwartete, deren Verstellung erkennen läßt, daß unser Beruf trotz aller zu bewältigenden Schwierigkeiten sich immer noch auf der Höhe befindet. — Auch der Kollegenverein glaubte mit einer in allen Teilen gelungenen Opferveranstaltung aus seiner jahrelang geübten Reserve herauszutreten zu dürfen. Die vielseitigen Darbietungen dürften wohl manchen langgesuchenden Kollegen veranlassen, sich dem Graphischen Gesangsverein neu resp. wiederanzuschließen.

△ **Bezirk Offenbach a. M.** Die Bezirksversammlung am 6. April befahte sich in der Hauptsache mit dem bedrückenden Gaufrage und nominierte hierzu die Kandidaten.

Der Kartellbericht sowie ein Bericht über das hiesige Gewerkschaftsleben schlossen sich an. Sämtliche Punkte lösten eine Ausprache aus, die sich im Sinne der betreffenden Referenzen bewegte. Der Bezirksversammlung voraus ging eine Verlesung der Sterbekasse im Gau Frankfurt-Hessen. Man war mit dem Bericht über die abgelaufene Periode zufrieden. Da gelegentlich des Gaufrage die Generalversammlung der Sterbekasse stattfindet, wurden auch hierzu die Kandidaten aufgestellt und zum Schluß der Wunsch ausgesprochen, daß, trotzdem 75 Proz. der Offenbacher Kollegen Mitglied der Kasse sind, doch eine rege Propaganda entwickelt werden möge.

1. Schleswig. Am 3. April konnte unter langjähriger Vorsitzender Zellner auf eine 25jährige Verbandszugehörigkeit zurückblicken. Aus diesem Anlasse listete der Ortsverein ihm eine Ehrenurkunde unser Glas und Rahmen. Möge es unserm Seppel vergönnt sein, noch viele Jahre die Geschäfte des Ortsvereins zu führen!

□ □ □ □ □ Rundschau □ □ □ □ □

Von Buchdruckern im Kriege. Von den im Felde fehlenden Mitgliedern untre Organisation erhielten das Eiserne Kreuz: Erich Frömke (Burg b. M.), Heinrich Schödenkeufel (Wüstfeldorf), Paul Döcher (Frankfurt a. M.), Johannes Naumann (Leipzig), Ernst Rühlert (Zweidlingen), Joseph Königs (Rheind), Karl Gramer (Schwerin i. M.) sowie Emil Frank und Rudolf Franke (Stuttgart). 5437 Verbandskollegen haben somit das Eiserne Kreuz erhalten.

Nachahmungen wertvolle Beispiele. In Elberfeld haben außer zwei schon erwähnten Druckereien auch die Firmen Born (einmalig 40 Mk.), Leonhard Tietz (wöchentlich 5,50 Mk.) und Wuppertaler Aktiendruckerei (doppelter Wochenlohn) ihren Gehilfen weiteres Entgegenkommen gezeigt. — Das technische Personal der „Kleier Neuesten Nachrichten“ erhielt ab 1. April eine Ertragssteigerungszulage von 3 Mk. wöchentlich. — Zur Erleichterung des Durchhaltens und aus Anlaß des guten Geschäftsganges im abgelaufenen Jahr ist dem gesamten Personal der Schlesischen Druckereigenossenschaft in Breslau ein Wochenlohn mit Feuerungszulage ausbezahlt worden. 60 Personen mit einem Betrage bis zu 60 Mk. sind daran beteiligt.

Anlage von Geldern der Berufsgenossenschaft in Kriegsrente. Zur achten Kriegsrente hat die Deutsche Buchdruckerberufsgenossenschaft 300000 Mk. gezahlt und damit einen Anteil von 3300000 Mk. an der Gesamtzahl dieser Rente erreicht.

Einberufung eines außerordentlichen Verbandstages der Hilfsarbeiterorganisation. Die Verbandstaltung hat das Statuten in einer außerordentlichen Sitzung am 16. Juni und die folgenden Tage in Berlin bekanntgegeben. Als Hauptursache wird die, unheilbar gewordene Tarifposition genannt. Die Tariffrage der Hilfsarbeiter befindet sich nämlich in der Zwischstufe arbeiterseitiger Förderung und prinzipialseitiger Zurückhaltung, wenn nicht gar Abneigung. Untre Stellungnahme ist durch den Leitartikel in Nr. 131 v. S. letztmalig dazu zum Ausdruck gekommen. Er hat in Hilfsarbeiterkreisen so angesprochen, daß die „Solidarität“ ihn zum Abbruch brachte. Leider ist es uns noch nicht möglich gewesen, nach der seitdem im Hilfsarbeiterorgan ausführlich geplogenen Karlsruhskulion nochmals das Wort zu ergreifen. Wenn man auf untre Verweigerungsschreie hören und die aus der Papiernot sich ergebende Notwendigkeit der Kürze allgemeiner beachten würde, wären wir wenigstens von Neuschreiben der meisten Einwendungen befreit und gewönnen für die Hilfsarbeiter und Faktorenfrage sowie andre Sachen Zeit. Unter fortan rückwärtsloser Ablehnung zu langer Berichte und Artikel wird aber auch das möglich gemacht werden müssen. Vor Würzburg muß hierin mehr Aufklärung erfolgen. Die Beitragsregelung wird den Verbandstag der Hilfsarbeiter ferner beschäftigen. Jetzt ist es so, daß Hilfsarbeiterinnen mit geringerm Verdienste vielfach den gleichen Beitrag entrichten wie die männlichen Mitglieder mit höherem Lohne. Die Beitragsstaffelung soll also eine Reform erfahren.

Konferenz der Generalkommission und der Verbandsvorsitzenden. Auch in der Gewerkschaftsbewegung gibt es losungen einen Hauptauschuss, der gleich dem des Reichstags mit großem Eifer arbeitet und während der Kriegsjahre viel Nützliches vollbracht, in diesem oder jenem vielleicht auch eine Riese gezogen hat. Angesichts der ungeheuren Schwierigkeiten der Kriegszeit können nicht immer Treffer erzielt werden. Im ganzen hat seit Kriegsausbruch schon zum vierzehntenmal eine Vorstandskonferenz stattgefunden; im Berichtsal am 25. und 26. März. Die Entwicklung der freien Gewerkschaften ist im Jahre 1917 eine recht glänzende gewesen, wie noch in untre „Gewerkschaftsrevue“ gezeigt werden wird. Zwischen den Einnahmen und Ausgaben der Generalkommission ergab sich jedoch ein Fehlbetrag von 114069 Mk. Für unsern verstorbenen Böblin als Mitglied der Generalkommission soll einstweilen keine Ersatzwahl stattfinden. Die Angehörigen der Generalkommission wünschten eine weitere Feuerungszulage, wurden damit aber bis zur nächsten Vorstandskonferenz verfrachtet. Wie Legien mittelste, wollte das Reichswirtschaftsamt von der Geltendmachung gewerkschaftlicher Forderungen hinsichtlich Arbeiterlohn und Arbeiterversicherung in den Friedensverträgen nichts wissen — unter Schwander wäre das jedenfalls nicht vorgekommen —, aber der Reichstag hätte sich fast einstimmig dafür ausgesprochen. Es ist damit bei Kandidaten schon ein Anfang gemacht und den Intentionen der gewerk-

schaftlichen Friedenskonferenz in Bern damit wenigstens etwas entprochen worden. Der Beitritt zur Gesellschaft für Soziale Reform fand die Zustimmung der Konferenz. Für deren sozialpolitische Kundgebung am 14. April wurde Interesse erweckt. Über den Volksbund für Freiheit und Vaterland, dem die Generalkommission schon angehört, erfolgten einige Mitteilungen. Aus dem Bericht über die vorhergehende Konferenz ist herausgesehen worden, der Beitritt der Generalkommission zu diesem Bund erfordere einen Beitrag der Gewerkschaften von 20 Pf. pro Mitglied und Jahr. Das ist nicht der Fall. Jeder Verband ist hinsichtlich seiner Mitgliedschaft zum Volksbunde frei. Die Bemittlung des Beitrags erfolgte direkt für die Bedürfnisse der Generalkommission, die mit den bisherigen Einnahmen nicht mehr auskommt. Über den Hauptpunkt der Tagesordnung: gezielte Regelung der Arbeitslosenversicherung und Arbeitsvermittlung, worüber Umbreit referierte, ist zu sagen, daß man den bisher vertretenen Standpunkt des Genier Systems der Arbeitslosenunterstützung aufgab und sich für eine Zwangsversicherung gegen Arbeitslosigkeit in Anlehnung an die Invalidenversicherung entschied. Alle Arbeiter und Angestellten bis 5000 Mk. Jahresverdienst sollen versicherungspflichtig sein. Die Beiträge sind je zur Hälfte vom Versicherer und Unternehmer zu tragen. Das Reich soll ein Drittel der Unterhaltungsansgaben übernehmen. In allen größeren Gemeinden sind Arbeitslosenkassen zu errichten, in kleineren Verwaltungsstellen. Die Berufsvereine mit Arbeitslosenunterstützung werden eingestiftet, zahlen die Unterhaltungen und üben die Kontrolle der Arbeitslosen aus. Vom Reich soll auch ihnen ein Drittel der Ausgaben für Arbeitslose zurückgezahlt werden. Die so gedachte Reichsarbeitslosenversicherung wird nach Lohnklassen abgestuft, soll mindestens die Hälfte des ortsüblichen Lohns betragen und bis zu 20 Wochen gewährt werden. Man kann sagen, daß der neue Plan, für den auch die andern Gewerkschaftszentralen gewonnen werden sollen, und der dann als gemeinsame Eingabe an den Reichstag gerichtet werden wird, die sehr wichtige Angelegenheit größer erlaßt. Die Grundzüge über die Arbeitsvermittlung sind die von den Gewerkschaftsgruppen im März 1915 aufgestellten, denen der Reichstag bereits zugestimmt hat. Die Beteiligung der Gewerkschaften an der vom Reichsausschuß der Kriegsbeschädigtenfürsorge in Aussicht genommenen Sammlung wurde den Gewerkschaftsvorständen zur vorüberigen Stellungnahme überwiesen. Zum Bunde der Kriegsbeschädigten wurde nach lebhafter Erörterung gegen zwei Stimmen eine neutrale Haltung beschloffen. Gegen seine Förderung durch Gewerkschaftsfunktionäre bestehen keine Bedenken, doch soll damit keinerlei Verpflichtung ausgesprochen sein. Zu dem inwischen stattgehabten Bundesstag in Weimar wurde der Generalkommission eine Vertretung anbegehrt. Man hat sich also mit der Aufgabe des Kriegsbeschädigtenbundes abgefunden, nachdem dessen Gründung eine von jenen Möglichkeiten gewesen ist, mit denen man so häufig vor vollendete Tatsachen gestellt wird. Mit einer Ausnahme über die Demobilisierung und die in Bayern dabei von den Gewerkschaften gedachte Mitarbeit ergabte die auch diesmal zu beachtenswerten Arbeit Zeugnis ablegende Vorstandskonferenz.

Kundgebung für Sozialpolitik nach dem Kriege. Am 14. April, mittags 12 Uhr, findet im großen Saale der „Philharmonie“, Bernburger Straße 22, in Berlin untre Leitung des Staatsministers Frdr. v. Berlepsch eine große sozialpolitische Veranstaltung statt. Prof. Dr. Francke, der Vorsitzende der Gesellschaft für Soziale Reform, wird einen Vortrag halten und weitere Ansprachen: Prof. Lujo Brentano, Dr. Dernburg, Graf v. Pöhlmann, Geh. Justizrat Erlmborn, Behrens, Ausschubsvorsitzender des Christlich-Nationalen Arbeiterkongresses, Hartmann, Verbandsvorsitzender der Deutschen Gewerksvereine (S.-D.), Säler, M. v. R., Legien, Vorsitzender der Generalkommission der Gewerkschaften Deutschlands, Aufhäuser, Vorsitzender der Arbeitsgemeinschaft freier Angestelltenverbände, Bach, Vorsitzender der Arbeitsgemeinschaft kaufmännischer Verbände, Dr. Görnandt, Vorsitzender der Vereinigung Deutscher Privatbeamten- und Angestelltenverbände, Fr. Herrmann, Vorsitzender der Arbeitsgemeinschaft weiblicher Verbände, Dr. Höfle, Vorsitzender der Arbeitsgemeinschaft technischer Verbände, Remmers, Vorsitzender der Interessengemeinschaft Deutscher Beamtenverbände. Es wird also zu dieser von der Gesellschaft für Soziale Reform ausgehenden Kundgebung, die augenscheinlich gedacht ist als Auftakt der während der diesmaligen Sitzung des Reichstags bevorstehenden größeren sozialpolitischen Verhandlungen, förmlich ein Aufmarsch von führenden Persönlichkeiten aus der Gewerkschafts-, Angestellten- sowie aus der sozialen Bewegung überhaupt stattfinden. Ein nachhaltiger Eindruck auf Regierung, Reichstag und Öffentlichkeit ist sehr zu wünschen. Dieser Kundgebung geht am 13. April die lebende Hauptversammlung der Gesellschaft für Soziale Reform voraus.

Die teuersten und die billigsten Städte. Im Februar waren nach Calwers Statistik Reichsweit 74,25 Mk., Bayern i. B. 74,07 Mk., Barmen 68,70 Mk., Solingen 65,55 Mk., Krefeld mit 65,01 Mk. Wochenaufwand an Lebensmitteln für eine vierköpfige Familie die teuersten Orte. Die billigsten dagegen Bamberg mit 46,14 Mk., Gredenz 45,63 Mk., Meisel 45,54 Mk., Köslin 45,43 Mk., Pleschitz mit 43,68 Mk.

Gestorben.

In **Nachen** am 25. März der Scherinnwalde Matthias Hiltner 47 Jahre alt.
In **Magdeburg** am 14. März der Seher Johann Schürer von dort, 47 Jahre alt.
In **Arzheim** am 17. März der Buchdruckerbesitzer Adolf Dunksmann, 54 Jahre alt.

In Heft 12 am 22. März der Buchdruckereibesitzer Reinhold Her, 76 Jahre alt.
 In Heft 13 am 12. März der Schweizerdegen Emil Banke von dort, 26 Jahre alt - Augenentzündung.
 In Heft 14 der Buchdruckereibesitzer Ferdinand Bussenius, 53 Jahre alt.
 In Heft 15 der Stereotypen Ferdinand Arimann aus München, 52 Jahre alt.
 In Heft 16 am 26. März der Drucker Otto Kamnitz, 20 Jahre alt.

Briefkasten.

L. A. in G.: Ja, freilich, das konnten auch wir nicht wissen; die Nummer ist doch aber einen Tag früher gedruckt und eben von der Post zeitiger abgeliefert worden! Im übrigen ist durch einen von uns eingeschalteten Boten die Sache auf das richtige Gleis gebracht worden. - **Kst.:** Über Lieber, Güter, Bester, das ist ja über das Doppelte von dem Erworbenen? Wo soll denn der Raum dazu herkommen bei dem Vorkommnis? Da kann auch gar nicht durch Streichen abgeholfen werden, da nun Neudruckung erfolgen. Artikel in Nr. 39 gilt für alle! - **Offize:** Das Vorkommnis ist allerdings sehr bezeichnend, aber es zum Gegenstand eines Artikels zu machen, geht bei den heutigen Raumverhältnissen, die nachgerade allgemein begriffen sein könnten, doch wohl nicht

an. Mit verschiedenen, was wir auf dem Herzen hatten, wurde deshalb die Sache an sich bei einer anderen Materie mitgearbeitet. - **L. A. in M.:** Bericht zeigt sich von den in Nr. 39 gedregelten Notwendigkeiten unberührt, deshalb macht sich - in Anbetracht unserer sehr knappen Zeit recht bedauerlich - Umarbeitung erforderlich. - **D. P. in A.:** Viel zu weislich, ist zwecks Neudruck zurückgeschickt; wir anerkennen das, - **W. S. in D.:** Alle Anerkennung! In knapper Form ist alles genügend und klar gesagt; ein nachahmenswertes Beispiel für viele. - **G. R. in G.:** Zur großen Beruhigung versichern wir unkommentiertes Passieren. - **W. S. in B.:** 1,85 Mk. - **D. H. in H.:** 2,15 Mk. - **G. D. in H.:** 2,30 Mk. - **D. W. in Hannover:** 2,45 Mk. - **Hr. V. in Hanfanz:** 2,30 Mk.

Verbandsnachrichten

Verbandsbureau: Berlin SW 29, Obampl. 5 II.
 Fernsprecher: Amt Kurfürst, Nr. 1191.
 Bezirk Quedlinburg. Als Delegierter zum Gaufrage wurde der Kollege Wilhelm Malkath (Blankenburg, Sarz) gewählt.

Adressenveränderungen.
Kottwitz (Ort und Bezirk). Vorsitzender: Otto Kurth, Prinz-Heinrich-Straße 38 II.

Zur Aufnahme gemeldet
 (Einwendungen innerhalb 14 Tagen an die beigelegte Adresse):
 Im Gau Leipzig der Drucker Schia Strahburg, geb. in Bodo 1896, ausgeh. dal. 1916; war noch nicht Mitglied. - Karl Engelbrecht in Leipzig, Brüderstraße 9 I.

Verammlungskalender.
Hamburg. Maschinenlehrer Vierteljahrsversammlung Sonntag, den 28. April, vormittags 10 Uhr, im „Gewerkschaftshaus“ (Zimmer 2-3).
Kottwitz. Bezirksversammlung Sonntag, den 14. April, nachmittags 3 Uhr, im „Schulgarten“ zu Röntha.
Stettin. Korrektorenabversammlung Sonntag, den 14. April, vormittags 9 1/2 Uhr, bei Hermann Reutter, Ecke Mozart- und Mittelstraße.
Stendal. Versammlung heute Sonntag, den 13. April, abends 7 1/2 Uhr, im „Goldenen Stern“.
Tübingen. Bezirksversammlung Sonntag, den 14. April, vormittags 10 Uhr, im „Hanskarle“ (Bürgerstube).

Schriftsetzer [616]
 für leichte Aufnahmen und Tabellen zu sofortigem Eintritt gesucht. Angebote mit allem Näheren an Hofbuchdruckerei Ernst Köhlin, Baden-Baden.

Mehrere Handsetzer
 sofort gesucht.
 Epamerische Buchdruckerei, Leipzig.

Mitgliedlicher
Typographsetzer
 gesucht.
 C. Grumbach, Leipzig. [642]

Gewissenhafter
Linotypsetzer
 (kein Anfänger) wird in dauernde Stellung gesucht. Best. Angebote mit Wohnangabe, [638] „Deutscher Zeitung“, Weihen (D.-Schl.).

Mitgliedliche
Linotypsetzer
Rotationsmaschinenmeister
 sucht die Buchdruckerei Rudolf Maße, [631] Berlin SW 19, Jerusalemstraße 48/49.

Mitgliedlicher
Typographsetzer
 in dauernde Stellung gesucht. Offerten mit Gehaltsansprüchen erbittet [529] Mannheim. Vereinsdruckerei, Mannheim.

Korrektor für Russisch
 sofort gesucht.
 Epamerische Buchdruckerei, Leipzig.

Mitgliedlicher
Maschinenmeister
 mitteilbar, mit K. & U. Anlageapparat vertraut, zum 15. April gesucht. [562] Karl Ermarora, Hannover, Vangelaupe 16.

In Dauerstellung, nicht zur Kriegsauslösung, wird ein tüchtiger
Maschinenmeister
 besonders für Werk- und Plattendruck, möglichst mit Säbings Bogenanleger vertraut, jedoch nicht Bedingung, gesucht. Verheiratete bevorzugt. Angebote erbitten an [609] G. C. Saag, Meils, Prov. Hann.

Mitgliedlicher
Maschinenmeister
 möglichst mit Universalbogenanleger vertraut, in dauernde Stellung sofort gesucht. [542] Westdeutsche Großdruckerei G. m. b. H., Wald (Rhd.).

Mitgliedlicher
Maschinenmeister
 werden eingestellt bei [641] Oscar Brandtsetzer, Leipzig.

Mitgliedlicher
Maschinenmeister
 sofort gesucht. [637] C. Haberland, Leipzig-R.

Mitgliedlicher
Maschinenmeister
 für Vierfarbendrucke sofort gesucht. [630] Vereinigte Kunstanstalten K. O., Kaufbeuren.

Mitgliedlicher, an selbständiges und sauberes Arbeiten gewöhnte
Maschinenmeister
 die mit Anlageapparat „Universal“ (Typ 1914) und K. & B.ichen Stillstitutionsmaschinen gut vertraut und eingearbeitet sind, für sofort oder 14 Tage nach Engagement in Dauerstellung gesucht. [635] Hof- und Eisenbucherei Dießsch & Brückner, Weimar.

Buchdruckmaschinenmeister
 für den Druck von Postkarten in Vierfarbendruck auf der Windstrahl gesucht. Angebote mit Gehaltsangabe an [646] Adolf Förster, Leipzig, Kohlgrabenstraße 13.

Rotationsmaschinenmeister
 für 16 seitige Frankenskalen in dauernde Stellung gesucht. [603] „Schiffische Bergwacht“, Waldenburg (Schl.).

Rotationsmaschinenmeister
 für K. & B.ische achtfache Zwillingsskation, [610] Seferstereotypen Typographsetzer an neue B- bzw. Universal-B-Maschine sowie mehrere Handsetzer auf sofort gesucht. C. H. Meißner & Söhne, Jever, „Jeverisches Wochenblatt“.

Mitgliedlicher
Stereotypsetzer und Galvanoplastiker
 (auch Kriegsbeschädigte) sucht in dauernde Stellung [618] Epamerische Buchdruckerei, Leipzig.

Berein der in Schriftgießereien beschäftigten Arbeiter u. Arbeiterinnen
 Berlins
 Sonntag, den 28. April, nachmittags 2 Uhr, im „Belle-Alliance-Kaffee“, Belle-Alliance-Straße 87.

Generalversammlung
 Tagesordnung: 1. Das 50-jährige Bestehen des Vereines. 2. Berichtsmitteilungen. 3. Ansprache über die Feuerungsanlagen. 4. Kassenbericht und Bericht der Revisoren. 5. Entschädigung des Vorstandes. 6. Wahl des Vorstandes und der Revisoren. 7. Verschiedenes. [629] Der Vorstand.

„Typographia“ Berlin
 Freitag, den 19. April, abends 9 Uhr, im „Berliner Klubhaus“ (Obnistrasse): [634] Generalversammlung Tagesordnung: Halbjahrsbericht des Vorstandes; Berichtsmitteilungen; Verschiedenes. Zahlreiche Beteiligung erwartet. Der Vorstand.

Kriegsdrucksachen!
 Seltene Kriegs- und Schlögenabzeichen, Feldpostkarten und Programme für militärische Veranstaltungen, Entlassungen aus Kriegsgefangenenlagern, Fillegarabwürfe und sonstige Kriegsdrucksachen werden zu hohen Preisen angekauft. [543] Ingenieur Fr. Mönkemüller, Bonn.

Die Einzelstellung im Beruf erleichtern Ihnen die Handbücher
Wie soll ich zurichten?
 Ein Leitfaden z. Aufbau der Zurichtung in allen Druckarten auf Schnellpresse und Liniel. 112 S., 22 Abbild., 20 Tafeln a. Aumdruck, geb. postfrei 1,70 Mk.; ferner [640] Der Buchdrucker am „N-B-Z“ Ein Ratgeber z. Einleitung des Universalbogenanwählers auf alle Papierarten; 93 S., Dtnen 55 Abb., geb. 1,50 Mk. postfrei geb. boreinl. od. Nachh. v. Verf. M. Rauch, Stuttgart, Ludwigsstraße 20.

Die Verbandsausstellung in Album-nahmen in Großquart - feinsten Illustrationsdruck. [615] Die Postkarte eine u. mehrfarbig [615] von der Intern. Buchgewerbeausstellung Leipzig 1914. Karte 2 Bild 15 Dfs., Album 35 Dfs., portofrei durch Georg Ebbich, Leipzig, Salomonstraße 8.

Höntsch-Typol
 zum Waschen der Buch- und Stein-druckwalzen und Schriftformen
 Probekantister 5 kg
 Höntsch & Co., Chem. Werke, Dresden-Niedersedlitz 43

Ich zahle monatlich 3 Mk.
 und besitze bei C. H. Otto & Söhne, Verlag, Berlin-Nikolaisplatz 4:
Martins sämtliche Romane
 10 Bände gebunden.
 Einzige Original-Ausgabe für 30 Mk. oder 25 Mk. bei Barzahlung bei freier Zusendung und Verpackung.

Herzlichen Dank
 allen lieben Freunden und Kollegen, die anlässlich meines Jubiläums meiner Gedacht haben. [647] Berlin. F. Simonen.

Heinrich Voigt
 aus Magdeburg. Ein ehrendes Andenken werden ihm stets bewahren
 Die Verbandskollegen d. Buchdruckerei von C. Baensch jun. in Magdeburg. [635]

Kurt Dieze
 aus Leipzig. Ein ehrendes Andenken bewahrt ihm
 Der Ortsverein Burg d. W. [620]

Wilhelm Bengel
 am dem wehllichen Kriegsschauplatz durch einen Granatvolltreffer entlassen.
 Ein freies Gedenken wird dem unvergesslichen Kollegen stets bewahren
 Der Ortsverein Rothenburg o. Ebr. [622]

Theodor Behrens
 Ein ehrendes Andenken werden ihm bewahren
 Die Kollegen der Buchdruckerei Julius Krampe, Braunshweig. [624]

Karl Schüler
 aus Elberfeld. [625] Ein ehrendes Andenken bewahrt ihm
 Der Ortsverein Elberfeld.

Mag Weissenborn
 aus untrer Mitte gerissen.
 Ein ehrendes Andenken bewahren ihm
 Die Kollegen der Firma W. Bobach & Söhne, Leipzig. [636]

Martin Fickenscher
 aus Heimbrecht.
 Ein ehrendes Andenken bewahren ihm
 Der Ortsverein Hof i. B. Der Bezirksverein Hof i. B. [623]

Mag Schramm
 aus Neudöhlen.
 Am 24. März verstarb unser werliches Mitglied und lieber Kollege, der Seher [632]

Albert Stolzenwaldt
 aus Berlin, im Alter von 51 Jahren.
 Ferner verstarb am 5. April unser werliches Mitglied, der Seher

Fritz Grune
 aus Berlin, geb. in Köffen, im 27. Jahre seines Lebens.
 Wir werden den Verstorbenen allseit ein ehrendes Andenken bewahren.
 Die Verbandsmitglieder der Reichsdruckerei, Berlin.

Alfred Günther
 aus Chemnitz und [621]
Bruno Kunih
 aus Jahnndorf, letzterer nachdem er krank vom Militär in die Heimat zurückgekommen war.
 Wir werden das Andenken dieser beiden Kollegen stets in Ehren halten.
 Die Mitgliedschaft Chemnitz.

Gustav Lamm
 Vizepräsident in einem Inf.-Reg. aus Göttha.
 Wir werden das Andenken dieses braven Kollegen stets in Ehren halten.
 Bezirks- und Ortsverein Erfurt. Gesangsverein „Gutenberg“, Erfurt. [626]

Kurt Reimann
 aus Riddorf.
 Ein ehrendes Andenken wird auch diesem braven Kollegen bewahren
 Die Maschinenvereinerung im Gau Hannover (Sch Hannover). [627]

Wilhelm Kühle
 aus Abergingen.
 Wir werden dem braven Kollegen ein gutes Andenken bewahren.
 Bezirksverein Konstanz. Ortsverein Abergingen. [628]

Fritz Pradler
 Ein ehrendes Andenken bewahren ihm
 Die Verbandsmitglieder der Firma Julius Sittensfeld, Hofbuchdruckerei, Berlin. [624]

Fritz Pradler
 Ein ehrendes Andenken bewahren ihm
 Die Verbandsmitglieder der Firma Julius Sittensfeld, Hofbuchdruckerei, Berlin. [624]

Theodor Behrens
 Ein ehrendes Andenken werden ihm bewahren
 Die Kollegen der Buchdruckerei Julius Krampe, Braunshweig. [624]

Karl Schüler
 aus Elberfeld. [625] Ein ehrendes Andenken bewahrt ihm
 Der Ortsverein Elberfeld.

Mag Schramm
 aus Neudöhlen.
 Am 24. März verstarb unser werliches Mitglied und lieber Kollege, der Seher [632]

Albert Stolzenwaldt
 aus Berlin, im Alter von 51 Jahren.
 Ferner verstarb am 5. April unser werliches Mitglied, der Seher

Fritz Grune
 aus Berlin, geb. in Köffen, im 27. Jahre seines Lebens.
 Wir werden den Verstorbenen allseit ein ehrendes Andenken bewahren.
 Die Verbandsmitglieder der Reichsdruckerei, Berlin.

Alfred Günther
 aus Chemnitz und [621]
Bruno Kunih
 aus Jahnndorf, letzterer nachdem er krank vom Militär in die Heimat zurückgekommen war.
 Wir werden das Andenken dieser beiden Kollegen stets in Ehren halten.
 Die Mitgliedschaft Chemnitz.